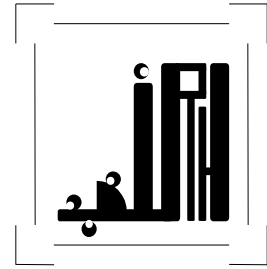


BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de – info@irh-info.de



Demonstration

Kassel, 30. November 2024

„Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten und Geltung des Völkerrechts für alle Staaten“

Rede von Ramazan Kuruyüz, des Vorsitzenden der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

„Und unter euch soll eine Gemeinschaft sein, die zum Guten aufruft, das Recht gebietet und das Unrecht verbietet. Diese sind die wirklichen Erfolgreichen.“ (Sura 3, Vers 104)

„Ich schwöre bei Allah: Entweder gebietet ihr das Gute, verbietet das Schlechte, haltet die Hand des Unterdrückers zurück und verhindert die Unterdrückung, führt ihn zum Recht und haltet das Recht über ihm; oder Allah der Erhabene macht eure Herzen denen der Unterdrücker gleich.“ (Gesandter Muhammed, s.a.s.)

„Wer von euch etwas zu Verabscheuendes sieht, soll es mit seiner Hand verändern. Wenn er dies nicht vermag, so soll er es mit seiner Zunge verändern. Wenn er das nicht vermag, dann mit seinem Herzen, und dies ist das Mindeste am Glauben.“ (Gesandter Muhammed, s.a.s.)

„Du sollst kein falsches Gerücht verbreiten; du sollst nicht einem Schuldigen Beistand leisten, indem du als Zeuge Gewalt deckst. Du sollst der Menge nicht auf dem Weg zum Bösen folgen und nicht so antworten vor Gericht, dass du der Menge nachgibst und vom Rechten abweichst.“ (Bibel/Altes Testament: 2. Mose 23; 1-2)

„Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind!“ „Tu deinen Mund auf und richte gerecht und schaffe Recht dem Elenden und Armen!“ (Sprüche: 31, 8-9)

„Meide das Böse und tu das Gute; suche Frieden und jage ihm nach!“ (Die Psalmen: 34, 15)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ (Grundgesetz, Art. 1, 1-2)

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Art. 1)

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade Allahs/Gottes mögen auf euch sein!

Liebe Geschwister und Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Wir leben in einer Zeit und in einer Welt, in der Tyrannei und Ungerechtigkeit oft den Ton angeben. Macht, Lügen und Manipulation durchdringen unser Land Deutschland und die ganze Welt. Wir leben in einer Zeit, in der viele bereit sind, die Wahrheit zu verdrehen, falsche Gerüchte zu verbreiten oder dem Strom der Masse zu folgen, um bloß keinen Ärger zu riskieren und Konflikte zu vermeiden. In einer Zeit, in der Menschen ihre Stimme verlieren und sich Tyrannei breit macht, sind wir von unserem gemeinsamen Gott, Gott von abrahamischen Religionen; von Judentum, Christentum und Islam berufen, unsere Stimme für die Wahrheit und Gerechtigkeit zu erheben. Die Bibel und der Qur'an sowie die Sunna geben uns klare Anweisungen dafür, wie wir in solchen schwierigen Zeiten handeln sollen. Sie erinnern uns daran, dass wir niemals auf die Seite der Ungerechten und der Unterdrücker treten dürfen, egal, wie mächtig und einflussreich sie sein mögen. Die Verse aus dem Qur'an und der Bibel sowie die Worte des Gesandten Muhammed (s.a.s.), die ich gerade vorgetragenen habe, sind keine bloßen Worte aus längst vergangenen Zeiten. Sie sind ein lebendiger Aufruf an uns alle – heute, hier, in diesem Moment. Sie rufen uns dazu auf, aktiv für das Gute einzutreten und das Unrecht zu bekämpfen. Diese Verse und Worte sind eine klare Aufforderung, sich nicht von der Masse leiten zu lassen, wenn sie in die Irre geht, sondern standhaft für die Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten. Zugleich mahnen sie uns, die Schwachen zu verteidigen, den Unterdrückten eine Stimme zu geben und für die Rechtlosen einzustehen.

Dieser Aufruf richtet sich nicht nur an Juden, Christen und Muslime sowie Gläubige, auch an alle friedliebenden Menschen, unabhängig von Religion, Weltanschauung und Herkunft. Wir alle tragen Verantwortung. Denn es geht hier nur um Menschlichkeit und den Schutz des unschuldigen Lebens.

Wir haben uns heute hier versammelt, um unsere gemeinsame Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Menschenwürde zu bekräftigen – Werte, die in den abrahamischen Religionen, zugleich im Grundgesetz und Völkerrecht verankert sind. Angesichts der humanitären Katastrophe in Gaza, Palästina und Libanon erheben wir heute unsere gemeinsame Stimme, jenseits aller kulturellen, religiösen und nationalen Grenzen. Das Leid eines Menschen ist das Leid der ganzen Menschheit. Die Menschen in Gaza, Palästina und Nahost sind nicht nur „andere Menschen“ – sie sind Teil der gleichen menschlichen Familie wie wir. Der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Menschenwürde ist eine universelle Verpflichtung, die uns als Menschheit verbindet. Wir dürfen keine Grenzen zwischen uns Menschen ziehen, wenn es darum geht, die Rechte und die Würde eines jeden Menschen zu verteidigen.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

An dieser Stelle will ich hier unsere Grundsatzposition zur Würde des Menschen und zum Schutz des menschlichen Lebens klarstellen. Für die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen gilt das universelle Gebot im Qur'an: „Das Leben eines einzigen friedfertigen, wehrlosen und unschuldigen Menschen, unabhängig von seiner Herkunft oder seiner Religion, ob Palästinenser oder Israeli, ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“ Dementsprechend haben wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, anders als alle politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und der Zentralrat der Juden in Deutschland, ohne Wenn und Aber, die Gewalt und die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und Israel aufs Schärfste verurteilt, und nicht nur seit dem 7. Oktober letzten Jahres. Wir rufen weiterhin sowohl die israelische Regierung als auch die Hamas auf, die Gewalt unverzüglich zu beenden, Geiseln und Gefangenen auf beiden Seiten freizulassen, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und endlich mal einen aufrichtigen Friedensprozess mit einer gerechten Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und im Interesse von beiden Völkern zu beginnen.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Wir stehen heute hier, weil wir an Gerechtigkeit glauben. Doch was wir im Nahen Osten und in der Welt sehen, ist das Gegenteil: die Herrschaft des Stärkeren über das Recht. „Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht!“. Wenn mächtige Staaten – wie Banditen und Terroristen – Recht und internationale Gesetze ignorieren und ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen, leiden vor allem die Schwächsten: wehrlose Kinder, Frauen und Zivilisten. Wir fordern ein Ende

dieses Unrechts und sagen klar und deutlich: Das Völkerrecht gilt für alle Staaten, unabhängig davon, wie mächtig oder einflussreich sie sein mögen!

Internationaler Gerichtshof der Vereinten Nationen verurteilte in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel als völkerrechtswidrig und illegal. Der Internationale Gerichtshof hat klar festgestellt: Israels Besetzung, die Enteignungen und die systematische Diskriminierung der Palästinenser verletzen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts. Was Israel seit 76 Jahren in Gaza und Palästina macht, ist nach dem Gutachten des Gerichts ein System der Apartheid. Das Gericht rief Israel dazu auf, die Besetzung der Gebiete so schnell wie möglich aufzuheben, sämtliche Aktivitäten zur Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems unverzüglich einzustellen und die jüdischen Siedler zu evakuieren. Israel müsse zudem Reparationen an alle Palästinenser bezahlen, die durch die anhaltende Besetzung Schäden erlitten hatten.

Dieses Urteil ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Botschaft an die Welt. Kein Staat darf diese Besetzung weiter unterstützen oder rechtfertigen. Dies gilt auch für Deutschland! Die Zeit des Schweigens und der Doppelmoral muss vorbei sein. Ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden geben. Der Weg zur Versöhnung zwischen dem palästinensischen und israelischen Volk führt nur über die Gerechtigkeit.

Vor dem Hintergrund der gerade vorgetragenen Feststellung des Internationalen Gerichtshofs will ich hier eine Tatsache ansprechen: Israel und seine Lobbyisten verdrehen die Realität des Nahostkonflikts. Seit dem 7. Oktober versuchen die israelische Regierung und ihre Lobbyisten in Deutschland und weltweit, die Hamas und die Hisbollah als alleinige Verursacher der humanitären Katastrophe in Gaza und Palästina darzustellen. Vorher waren die Schuldigen die PLO oder die Fatah, nun die Hamas und die Hisbollah. Es geht hier eindeutig nicht um die Hamas oder die Hisbollah, sondern um den erbarmungslosen Umgang des israelischen Staates mit dem ganzen palästinensischen Volk. Die Wurzeln dieses Leids und der humanitären Katastrophe in Gaza und Palästina reichen weit zurück. Die 76 Jahre lange Unterdrückung der Palästinenser, der systematische Landraub und die Verweigerung grundlegender Menschenrechte sind die wahren Ursachen für diese humanitäre Katastrophe. Die Wahrheit ist: Diese humanitäre Katastrophe begann nicht am 7. Oktober. Israel ist nicht das Opfer, sondern der Täter! Diese Manipulation der Täter-Opfer-Rolle darf nicht länger ignoriert werden. Wir dürfen nicht schweigen, wenn die Wahrheit ständig vertuscht und manipuliert wird. Wie die weltbekannte Fabel „Der Wolf und das Lamm“ uns lehrt, findet der Stärkere immer eine Begründung, wenn er Unrecht begeht – genauso wie Israel es seit 76 Jahren tut.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit,

heute stehen wir hier, um ein klares Zeichen zu setzen und Gesicht zu zeigen – für Gerechtigkeit, für Frieden und für die Einhaltung des Völkerrechts!

An dieser Stelle begrüße ich die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs, Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Gallant zu erlassen. Die Anklagepunkte gegen Netanjahu und Gallant sind erschütternd: vorsätzliche Tötungen, unmenschliche Handlungen, die Verweigerung von lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Wasser, Medizin und Strom – all das hat zu einer humanitären Katastrophe geführt, die gegen jedes Prinzip des Völkerrechts verstößt.

Liebe Freunde der Gerechtigkeit,

wir stehen heute hier, um die Wahrheit zu verteidigen und mutig auszusprechen, was andere zu verschweigen oder zu vertuschen versuchen. Wie reagiert Benjamin Netanjahu auf den internationalen Haftbefehl gegen ihn? Er nennt die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs „antisemitisch“! Das ist nicht nur eine perfide Verdrehung der Tatsachen, sondern eine gefährliche Strategie, um die Aufmerksamkeit von seinen Verbrechen abzulenken.

Diese rhetorische Ablenkung ist mehr als nur eine Verleumdung des Gerichts. Es ist ein direkter Angriff auf die Legitimität des internationalen Rechts und eine gezielte Manipulation der globalen Öffentlichkeit. Antisemitismus als Schutzschild für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu missbrauchen, ist schändlich und absolut inakzeptabel!

Doch Netanjahu ist nicht allein. Seit Jahrzehnten starten zionistische Israel-Lobbyisten vor allem in Deutschland immer wieder reflexartig Antisemitismus-Debatten, nicht nur seit dem 7. Oktober 2023. Ihr Ziel ist eindeutig: Israels Kriegsverbrechen im ganzen Nahen Osten und Völkermord in Gaza verschleiern. Wir sagen klar und deutlich: Kritik an einem Staat, der Menschenrechte verletzt und das Völkerrecht verachtet, ist kein Antisemitismus. Es ist eine moralische Pflicht!

Antisemitismus ist eine reale Bedrohung, und der Kampf dagegen ist unverzichtbar. Aber wenn dieser Kampf instrumentalisiert wird, um Völkerrechtsbrüche und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verdecken, dann ist das ein Verrat an den wahren Opfern des Genozids in Gaza und der Kriegsverbrechen in der ganzen Region. Unsere Botschaft ist unmissverständlich:

Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, genauso wie antimuslimischer Rassismus und jede andere Form von Rassismus.

Wir werden nicht zulassen, dass der Kampf gegen Antisemitismus missbraucht wird, um Israels Kriegsverbrechen und Völkermord zu rechtfertigen! Wir werden nicht schweigen, bis die Wahrheit ans Licht kommt und Gerechtigkeit für die Unterdrückten dieser Welt siegt.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Netanjahu als Kriegsverbrecher, Völkermörder und Kindermörder reagiert auf den Haftbefehl nicht überraschend, da er sowohl Täter als auch Beschuldigter ist. Doch die Reaktion von Dr. Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist untragbar. Statt den Internationalen Strafgerichtshof zu respektieren, stellt er sich hinter eine rechtsextreme Regierung, die für unvorstellbare Kriegsverbrechen und die humanitäre Katastrophe in Gaza verantwortlich ist.

Herr Dr. Schuster, wie können Sie als Vertreter einer jüdischen Religionsgemeinschaft die Tötung von 50.000 Zivilisten, darunter 20.000 Kinder, als Selbstverteidigung rechtfertigen? Diese Taten widersprechen den grundlegenden ethischen Prinzipien des Judentums. Ich appelliere an Sie, Herr Schuster, und an den Zentralrat der Juden: Besinnen Sie sich auf die abrahamischen Werte, die uns verbinden, und setzen Sie sich für das humanitäre Völkerrecht ein.

Unsere Kritik gilt auch für die israelische Gesellschaft. Die strafrechtliche Verantwortung für die Verbrechen liegt zweifellos bei den politischen und militärischen Führern Israels. Doch die Rolle der israelischen Gesellschaft darf nicht unbeachtet bleiben. Denn große Teile der israelischen Bevölkerung haben durch Schweigen, Zustimmung oder sogar aktive Unterstützung dazu beigetragen, dass diese Verbrechen ungehindert fortgesetzt werden konnten. Die wiederholte Wahl von Politikern wie Netanjahu, die eine Politik der Besatzung, der Apartheid und des Völkermords vertreten, zeigt eine erschreckende Akzeptanz dieser rassistischen und barbarischen Politik in großen Teilen der israelischen Gesellschaft.

Noch besorgniserregender ist das Fehlen eines breiten Widerstands gegen dieses Apartheitsregime. Diese stillschweigende Duldung und Unterstützung tragen entscheidend dazu bei, dass die völkerrechtswidrigen Verbrechen Israels weitergehen. Schweigen macht mitschuldig! Eine Gesellschaft hat die moralische Pflicht, Unrecht zu erkennen und dagegen aufzustehen.

Es ist an der Zeit, dass die israelische Gesellschaft ihre Rolle in diesem Völkermord und diesen Kriegsverbrechen endlich kritisch reflektiert und sich für einen echten Wandel einsetzt. Nur durch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Mitverantwortung kann es eine gerechte und friedliche Zukunft für alle geben.

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Heute und hier, genauso wie in vergangenen Wochen in anderen Städten, richte ich öffentlich folgende Fragen an alle, von der Bundes- und Landesregierung bis zu den Vertretern auf kommunaler Ebene, die Israels Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Selbstverteidigung rechtfertigen:

Kann es Selbstverteidigung sein, wenn Tausende unschuldiger Kinder und Babys brutal getötet werden? Wenn ganze Familien ausgelöscht werden? Wenn Journalistinnen und Journalisten gezielt angegriffen werden, nur weil sie die Wahrheit dokumentieren wollen?

Ist es Selbstverteidigung, ein dicht besiedeltes Gebiet wie Gaza in Schutt und Asche zu legen? Ist es Selbstverteidigung, Millionen Menschen ohne Wasser, Nahrung oder Strom zurückzulassen? Ist es Selbstverteidigung, Krankenhäuser zu bombardieren, in denen Schwerverletzte um ihr Leben ringen? Ist es Selbstverteidigung, Schulen, Moscheen, Kirchen, Flüchtlingsheime und UN-Schutzeinrichtungen zu bombardieren?

Ist es Selbstverteidigung, all das mit der fadenscheinigen Begründung zu rechtfertigen, man bekämpfe vermeintliche „menschliche Schutzschilde“? Ist es Menschlichkeit, solche Ausreden zu akzeptieren? Kann das wirklich als Verteidigung gerechtfertigt werden? Ich frage alle, die immer noch an der Seite des Völkermörders Israel stehen: Wo ist die Grenze? Wie viele unschuldige Leben müssen noch verloren gehen, bis ihr endlich Mal erkennt, dass all das keine Selbstverteidigung ist? Das ist keine Selbstverteidigung, das ist ein Völkermord, ein Genozid! Das ist keine Selbstverteidigung, das ist Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist keine Selbstverteidigung, das ist nur Barbarei eines Apartheitsregimes.

Statt die Verbrechen klar zu verurteilen, wiederholen viele Medien und Politiker das Narrativ der „Selbstverteidigung“. Sie ignorieren die historische Realität: 76 Jahre Unterdrückung, Vertreibung, systematische Apartheid – ein Volk, dem Freiheit und Würde genommen wurden.

Das sogenannte „Recht auf Selbstverteidigung“ darf niemals ein Freibrief für Kriegsverbrechen sein! Es darf nicht als Deckmantel dienen, um das Völkerrecht zu brechen. Es darf keine Entschuldigung für Massaker und Vertreibung sein! Das humanitäre Völkerrecht wurde geschaffen, um genau solche Gräueltaten zu verhindern – nicht, um sie zu legitimieren. Wir stehen hier, um die Wahrheit einzufordern. Wir stehen hier, um den Opfern eine Stimme zu geben. Und wir stehen hier, um klar zu sagen: Jeder, der schweigt oder wegsieht, macht sich mit-schuldig! Jeder, der diesen Völkermörder und Kindermörder Israel politisch, finanziell und mi-litärisch unterstützt, ist an dem Völkermord in Gaza und an jedem getöteten Kind in der Region mitverantwortlich!

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Heute stehen wir an einem entscheidenden Punkt – nicht nur für die Gerechtigkeit, sondern auch für die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats Deutschland. Der EU-Chefdiplomat Josep Borrell hat mit klaren Worten die Verantwortung der Europäischen Union und ihrer Mitglied-staaten betont: Der internationale Haftbefehl gegen Benjamin Netanyahu und andere Kriegs-verbrecher ist bindend für alle EU-Staaten. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union sind verpflichtet, den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs umzusetzen. Es geht hier nicht nur um eine politische Entscheidung – es geht um die Umsetzung von Recht und Ge-rechtigkeit auf internationaler Ebene.

Deutschland ist als Mitgliedstaat der Europäischen Union und Vertragspartner des Internatio-nalen Strafgerichtshofs verpflichtet, diesen Haftbefehl umzusetzen und die Verbrecher vor Ge-richt zu bringen. Alles andere wäre ein Verrat an den Opfern und eine gefährliche Missachtung des internationalen Rechts. Unser Rechtsstaat steht auf dem Spiel. Wir fordern die Bundesre-gierung auf, sofort zu handeln und sich nicht weiter von politischen und wirtschaftlichen Inte-ressen leiten zu lassen! Wir müssen als Land und als Gemeinschaft für das eintreten, was richtig ist. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung eine klare Haltung zeigt – und nicht so peinlich und unwürdig wie bei der Bundespressekonferenz letzte Woche in Berlin.

Wir stehen fest auf der Seite der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts! Daher fordern wir die Bundesregierung sowie alle politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger in Deutschland mit Nachdruck auf, die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs un-ingeschränkt, ohne Wenn und Aber und ohne Doppelmoral zu respektieren. Es ist an der Zeit, die bisherige bedingungslose Solidarität mit einem Kriegsverbrecher zu beenden und klare Konsequenzen zu ziehen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, jegliche politische, finanzielle und militärische Unterstützung für israelische Kriegsverbrechen sofort einzustellen. Unser Land darf nicht länger durch Schweigen oder Unterstützung zur Fortsetzung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit beitragen. Unser Appell an die Bundesregierung: Handeln Sie jetzt – im Namen der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und des internationalen Rechts!

Aber auch die Zivilgesellschaft ist gefragt. Lassen Sie uns gemeinsam wachsam bleiben und Missstände benennen. Es reicht nicht aus, auf politische Entscheidungen zu warten – jede einzelne Stimme zählt. Unsere Verpflichtung endet nicht bei der Erinnerung an die Vergangenheit, sie beginnt in der aktiven Gestaltung der Gegenwart.

Die schrecklichen Lektionen aus dem Holocaust sind eine eindringliche Mahnung an uns alle, wie wir im Falle von Völkermorden in Gegenwart und Zukunft handeln müssen:

Vergangene Völkermorde nicht vergessen! - Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!

Unsere historische Verantwortung als Deutschland gilt in diesem Sinne der Wahrung der Menschenwürde und des humanitären Völkerrechts, nicht der Unterstützung von Kriegsverbrechen und Völkermord Israels!

In diesem Sinne appelliere ich an die deutsche Gesellschaft:

Lassen Sie uns den Mut haben, für Gerechtigkeit und Menschlichkeit einzustehen. Denn nur so können wir dem Versprechen, das wir aus unserer Geschichte gezogen haben, gerecht werden:

Nie wieder schweigen! Nie wieder wegschauen! Nie wieder ignorieren! Nie wieder tolerieren und dulden! Nie wieder ein Teil der Beihilfe zu einem Völkermord sein!

Liebe Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit!

Heute und hier sagen wir wieder laut und deutlich:

Durch unsere Demonstrationen hessenweit wollen wir ein klares Zeichen setzen: Für die Geltung des Völkerrechts für alle Staaten, für die Gerechtigkeit, für die Menschenrechte und für den Frieden im Nahen Osten und überall in der Welt!

Wir werden solange nicht schweigen, bis der Genozid Israels in Gaza und Palästina ein Ende hat!

Wir werden solange nicht schweigen, bis die Kinder in Gaza nachts ohne Angst und Furcht einschlafen und morgens in Sicherheit und Frieden aufwachen können!

Wir werden unsere Demonstrationen hessenweit solange fortsetzen, bis es eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten gibt!

Wir werden solange nicht schweigen, bis es Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten gibt!

Zum Schluss will ich hier wie überall ausdrücklich unser wichtigstes Ziel ankündigen:

Gemeinsam mit euch und Friedensaktivisten Hessen und Deutschland weit werden wir unser gemeinsames Land Deutschland aus der Gefangenschaft der zionistischen Israel-Lobbyisten befreien!

Gemeinsam werden wir weiterhin von unserem Bundesland Hessen und unserer Heimat Deutschland aus unseren Beitrag zur Beendigung des Genozids in Gaza und zum Frieden und zur Gerechtigkeit im Nahen Osten leisten!